

05.03.2021

Offener Brief: Internationale Umweltschutz-, Landwirtschafts- und Entwicklungshilfeorganisationen appellieren an die EU-Institutionen:



Nutzen Sie die aktuelle GAP-Reform, um die Landwirtschaft fair und zukunftssicher zu machen

(Brüssel, den 5. März 2021) Zahlreiche europäische Bauern-, Umweltschutz- und Entwicklungshilfeorganisationen rufen den portugiesischen Ratsvorsitz, die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission dazu auf, jetzt im Sinne des Klimas und der Umwelt sowie der Entwicklungsländer und der Landwirte in der EU zu handeln. Die aktuell laufende Reform der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) als Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) biete für die EU eine sehr gute Gelegenheit, essentielle Verbesserungen jetzt voranzutreiben. In diesem Zusammenhang fordern die Organisationen von den EU-Institutionen, wichtige Artikel aus dem [Standpunkt des Europäischen Parlaments](#) in die GMO aufzunehmen. Wie die Organisationen in ihrem offenen Brief feststellen, würden diese wesentlichen Artikel des Parlaments dazu beitragen, „die Krisenfestigkeit der Landwirtschaft in der EU zu stärken, die Nachhaltigkeit insgesamt zu fördern und den Übergang zu einer besseren Ernährungssouveränität zu ermöglichen“.

Vor dem Hintergrund der derzeit laufenden EU-Trilogverhandlungen erinnern die Organisationen den Rat an seine wichtige Rolle als Mitgesetzgeber und betonen: „Angesichts von unzähligen LandwirtInnen und BürgerInnen, die derzeit auf die Straße gehen sowie vielen Artikeln aus der GMO-Reform, die im Plenum des Europäischen Parlaments eine klare Mehrheit haben und mit Blick auf den hohen Anspruch des Europäischen Green Deal und seiner Strategien sind der tiefgreifende Wille zu Reformen und deren Notwendigkeit offensichtlich.“ Jetzt wäre die Zeit, in der europäischen Landwirtschaft schädliche Überproduktion zu reduzieren, die Einhaltung der EU-Standards bei Importen sicherzustellen sowie Beobachtungs- und Steuerungstools einzuführen und zu verbessern. Darüber hinaus sollten Marktstörungen vermieden werden und es sollte hier nicht nur eine Gegensteuerung erfolgen. Außerdem müsste die Transparenz der Agrarmärkte verbessert werden.

Nach Aussage der Unterzeichner tragen die vorgeschlagenen GMO-Artikel – wie Artikel 219a und b, 218b und 222a – „zum Kampf gegen die Klimakrise, zu einer besseren Kohärenz mit der Entwicklungspolitik und der Verwirklichung der im Green Deal festgelegten Ziele bei. Außerdem helfen sie, die Landwirtschaft in Europa fairer und zukunftssicher zu machen.“ Diesen Beitrag halte man für unerlässlich, da die „Klima- und Biodiversitätskrisen sich weiter verschärfen und Drittstaaten unter den schädlichen Folgen des in der EU vorherrschenden Agrarmodells leiden. Gleichzeitig belegen zahlreiche Studien, dass viele Landwirte bereits seit Jahren keine kostendeckenden Preise mehr erhalten.“

Daher kommen die Organisationen zu folgendem Schluss: „Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, die wir dringend angehen müssen, ist ein geeigneter GMO-Rechtrahmen der einzige Weg, um wiederkehrende Krisen zu vermeiden und dem EU-Agrarsektor langfristig Stabilität zu geben. (...) Es ist Zeit zu handeln und Ergebnisse zu liefern.“

Den vollständigen Brief finden Sie hier: [Time to deliver a framework for a balanced agricultural sector: Act for a CMO that respects climate, biodiversity and farmers in Europe and beyond!](#) (Es ist Zeit, einen Rahmen für einen ausgewogenen Agrarsektor zu schaffen: Handeln Sie für eine GMO, die das Klima, die Biodiversität und die Landwirte in Europa und darüber hinaus respektiert!)

Bei den unterzeichnenden Organisationen handelt es sich um die europäischen Dachverbände von LandwirtInnen European Milk Board und European Coordination Via Campesina, die Organisationen aus dem Umweltbereich bzw. der biologischen Landwirtschaft Friends of the Earth Europe und IFOAM sowie die Organisationen des Entwicklungsbereichs Oxfam Solidarität, SOS Faim und Vétérinaires sans frontières.

Kontakte:

EMB-Geschäftsführung Silvia Däberitz (DE, EN, FR): +32 (0)2 808 1936

EMB-Agrarreferent und Pressestelle Simon Bauer (DE, EN, FR): +32 (0)2 808 1934

<<< back